

## Die Arbeitsmarktreform – sozial ist, was Arbeit schafft

### Leitantrag des Parteivorstands an den 69. Parteitag der CSU am 19./20. November 2004 in München

#### Auszug aus Punkt IV zur Sozialen Sicherung der Zukunft

Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt ist ernst. Durch Rationalisierung, Betriebsverlagerungen ins Ausland und im europäischen Vergleich überdurchschnittlich viele Unternehmensinsolvenzen werden zunehmend Arbeitsplätze abgebaut.

Sinkende Beschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit sind hausgemacht. Andere Industrieländer konnten die Chancen, die technologischer Fortschritt und Globalisierung bieten, für mehr Beschäftigung nutzen, Deutschland nicht. Wir wollen in Deutschland wieder Vollbeschäftigung erreichen. Es gibt Arbeit für alle.

CDU und CSU haben sich in dem gemeinsamen Beschluss der Präsidien am 7. März 2004 auf Eckpunkte geeinigt, mit denen wir dem Arbeitsmarkt wieder neue Dynamik verschaffen werden. Die Vorschläge der CSU knüpfen an diesen Beschluss an.

- Wir wollen Betriebliche Bündnisse für Arbeit ohne Zustimmung der Tarifparteien: Wenn ein Betrieb die Vorgaben aus Tarifverträgen wirtschaftlich nicht verkraften und im Wettbewerb nicht durchsetzen kann, müssen Betriebsrat und Belegschaft die Möglichkeit haben, selbständig Vereinbarungen mit ihrem Arbeitgeber abzuschließen, mit denen sie ihre Arbeitsplätze sichern können.
  - Wir wollen das Günstigkeitsprinzip erweitern, um Arbeitnehmern und Unternehmen mehr Freiheiten und Chancen zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze an die Hand zu geben.
  - Wir wollen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie dem Betriebsrat zur Beschäftigungssicherung Vereinbarungen über Abweichungen vom Tarifvertrag ermöglichen.
- Wir wollen ein modernes Tarif- und Tarifverhandlungsrecht:
  - Die gesetzlich angeordnete Fortgeltung der Tarifbindung nach Aufgabe der verbandlichen Tarifbindung entfällt.
  - Wir wollen die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, die Entgelte regeln, auf berechnete Ausnahmefälle beschränken.
  - Wir wollen Unternehmen die Möglichkeit einräumen, Arbeitsuchende im ersten Jahr ihrer Beschäftigung unter Tarif zu beschäftigen.
  - Wir appellieren an die Tarifparteien, sich ihrer nationalen Verantwortung zu stellen und ihrer sozialen Verantwortung auch zugunsten derer, die noch keine Arbeitsplätze haben, gerecht zu werden. Eine moderate Tarifpolitik kann dazu einen Beitrag leisten.
- Wir wollen Einstellungen über befristete Arbeitsverhältnisse erleichtern. Für Arbeitsuchende ist ein befristeter Arbeitsplatz besser als keiner. Das gilt vor allem im Niedriglohnbereich. Zudem ist ein befristeter Arbeitsvertrag häufig der erste Schritt zu einem Dauerarbeitsplatz. Wir wollen deshalb die Möglichkeiten für befristete Arbeitsverhältnisse ausweiten.
- Wir wollen klare und faire Regeln für den Kündigungsschutz. Wir wollen die Rechtssicherheit für Arbeitnehmer erhöhen und mit klaren Regelungen für betriebsbedingte Kündigungen einen fairen Interessensausgleich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sicherstellen.
  - Wir wollen bei Neueinstellungen die Möglichkeit schaffen, bereits bei Vertragsschluss gegen Abfindung auf Kündigungsschutz zu verzichten (Abfindungsoption).



- Wir wollen die Höhe der Abfindungen bei betriebsbedingten Kündigungen nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit stärker differenzieren.
- Für Neueinstellungen wollen wir den allgemeinen Kündigungsschutz erst in Betrieben ab 20 Beschäftigten und nach verlängerten Wartezeiten greifen lassen. Der Schutz vor diskriminierenden und sittenwidrigen Kündigungen wird nicht angetastet und bleibt ebenso erhalten wie die geltenden gesetzlichen Kündigungsfristen.
- Wir wollen die Zahl der Arbeitsgerichtsprozesse durch klare Abfindungsregelungen verringern. Etwa 90 Prozent aller Arbeitgeberkündigungen führen zu einem gerichtlichen oder außergerichtlichen Abfindungsvergleich und nicht zu einer Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers. Die Unternehmen selbst reagieren auf die Risiken von Kündigungsschutzklagen mit Zurückhaltung bei Neueinstellungen, Überstunden, Automatisierung, Betriebsverlagerung ins Ausland oder gar Umsatzverzicht. Damit richtet sich der Kündigungsschutz gegen die Geschützten selbst.
- Wir wollen eine umfassende Reform des Arbeitsrechts. Wir wollen mehr Transparenz und mehr Flexibilität schaffen. Das macht langwierige und teure Prozesse überflüssig. Wir wollen Kosten für den Mittelstand senken, schnellere betriebliche Entscheidungen ermöglichen und die Interessen der Arbeitnehmer stärker gegenüber den Verbandsinteressen in den Vordergrund rücken.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir den Arbeitsmarkt flexibilisieren und die Chancen Arbeitsloser auf eine Einstellung erhöhen. Sozial ist, was Arbeit schafft. Jeder neu Beschäftigte, ob befristet oder im Niedriglohnsektor, ist ein Beitragszahler mehr und zugleich ein Leistungsempfänger weniger. Seine Neubeschäftigung entlastet die sozialen Sicherungssysteme und nutzt der Volkswirtschaft. Kennzeichen einer solidarischen Leistungsgesellschaft ist auch, möglichst viele arbeitsfähige Menschen in Arbeit und Brot zu bringen und Unterstützungsleistungen für jene bereit zu halten, die nicht arbeitsfähig sind. Das ist gelebte Solidarität.

Nach: Leitantrag des Parteivorstands an den 69. Parteitag der CSU, München, 19.11.2004

